



## Folien zum Vortrag

# Ausbau der Kinderbetreuungsangebote mit Hilfe von „Hartz & Co.“?

beim IAT-Workshop  
„Dienstleistungen und die Vermarktlichung des Privathaushaltes“  
am 9./10. Juni 2005 in Gelsenkirchen

**Dr. Claudia Weinkopf**

Institut Arbeit und Technik  
Wissenschaftszentrum NRW

## Gliederung

- Hintergrund
- Leitlinien der „neuen“ Arbeitsmarktpolitik
- Kinderbetreuung
- Ausgewählte Ergebnisse der DJI-Expertise
  - ⇒ Mini- und Midijobs
  - ⇒ steuerliche Förderung
  - ⇒ Ich-AG
- Zusatzjobs
- Probleme und Risiken

## Hintergrund

### *Politik*

- Vorschläge der Hartz-Kommission und Umsetzung der vier „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“
- Ausweitung Kinderbetreuung bis 2010
- „neues“ Instrument der Arbeitsmarktpolitik: Zusatzjobs (seit September 2004)

### *Eigene Forschung*

- Arbeit in Privathaushalten und Dienstleistungspools
- Einfacharbeitsplätze, gering Qualifizierte, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- Expertise im Auftrag des DJI: „Chancen und Grenzen neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente in der Kindertagespflege“ (März 2004)

## Kinderbetreuung

- **Erklärte Zielsetzung: deutliche Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren**
  - ⇒ in Westdeutschland bislang ca. 6 % (jeweils ca. 3 % institutionelle bzw. private Angebote)
- **Idee der Politik**
  - ⇒ Nutzung der „neuen“ Arbeitsmarktpolitik zur Ausweitung der Angebote - insbesondere im Bereich der Kindertagespflege (Tagesmütter)

## Leitlinien der neuen Arbeitsmarktpolitik

- „Fördern und Fordern“
  - ⇒ Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
  - ⇒ Verschärfung der Zumutbarkeit
- **Aktivierung - Beratung und Unterstützung aus einer Hand**
  - ⇒ Profiling, Fallmanagement und Eingliederungsvereinbarungen
  - ⇒ Einrichtung von Job Centern
  - ⇒ Zusatzjobs
- **Förderung niedrig bezahlter Beschäftigung - insbesondere im Bereich „einfacher“ Dienstleistungen**
  - ⇒ Mini- und Midijobs
  - ⇒ Ich-AG

## **Zentrale Fragestellungen der DJI-Expertise**

- **Inwieweit kann die neue Arbeitsmarktpolitik im Bereich der Kindertagespflege zu einer Ausweitung des Angebotes beitragen?**
  - ⇒ Mehr legale Angebote
  - ⇒ Zusätzliche Anbieter/innen
- **Für wen stehen die Förderinstrumente offen?**
- **Wie verändern sich die Verdienstchancen und die soziale Absicherung der Betreuungspersonen?**
- **Auswirkungen auf die Qualität der Tagespflege?**

## Ausgewählte Ergebnisse (1)

### *Minijobs*

- eher für kürzere Betreuungszeiten und für angestellte Kinderfrauen geeignet
- Anreize zur Legalisierung von Schwarzarbeit bzw. für zusätzliches Angebot eher gering
  - ⇒ keine Verbesserung der sozialen Absicherung (Minijobs)
  - ⇒ geringer Verdienst, keine eigenständige Existenzsicherung
- **attraktiv** (*wenn überhaupt*) **eher für anderweitig Abgesicherte**
  - ⇒ „Traditionale“ und ggf. einen Teil der „Pragmatischen“
  - ⇒ evtl. bereits anderweitig Beschäftigten (Nebenjob)

## Ausgewählte Ergebnisse (2)

### *Steuerliche Förderung*

- nur für die Inanspruchnahme von legal erbrachten haushaltsbezogenen Dienstleistungen
- Von der Ersparnis profitieren die Eltern, kein direkter Vorteil/Anreiz für Anbieterinnen
  - ⇒ nur, wenn aufgrund der Förderung ein höherer Preis durchgesetzt werden kann

## Ausgewählte Ergebnisse (3)

### Ich-AG

- Zuschüsse für Tagesmütter ggf. attraktiv, Perspektiven für wirtschaftliche Tragfähigkeit aber eher ungünstig
- **erhebliche Einschränkung:** keine Förderung ohne vorherigen Leistungsanspruch
  - ⇒ weitgehender Ausschluss der typischerweise in der Kindertagespflege tätigen Gruppen
    - Frauen in oder nach der Familienphase
    - zuvor aus anderen Gründen nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Selbständige, geringfügig Beschäftigte, Schwarzarbeit)
- Chancen am ehesten für Frauen aus den Gruppen „**Perspektivlose**“ und ggf. „**Berufsorientierte**“

## Schlussfolgerungen (1)

- Potenziale der neuen Arbeitsmarktpolitik zur Ausweitung der Kindertagespflege-Angebote eher begrenzt
  - Anreize zur Legalisierung von Schwarzarbeit eher gering
  - zusätzliche Angebote am ehesten aus der Gruppe der „**Perspektivlosen**“
    - ⇒ ggf. auch auf Druck der Arbeitsvermittlung
      - „jede Arbeit ist zumutbar“
      - „Kinderbetreuung kann jede(r)“
- **Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung???**

## Schlussfolgerungen (2)

### Grundsätzlicher Widerspruch

- Die neue Arbeitsmarktpolitik zielt auf eine **Ausweitung gering bezahlter Erwerbsarbeit (teilweise mit reduzierter sozialer Absicherung)**.
- Um in größerem Umfang zusätzliche qualifizierte Angebote in der Kindertagespflege zu erschließen, wäre jedoch eine **Verbesserung der Einkommenschancen und der sozialen Absicherung** erforderlich.

## Zusatzjobs („1 €-Jobs“)

- Variante öffentlich geförderter Beschäftigung: befristete Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung für ALG II-Beziehende
- politisches Ziel: 600.000 Zusatzjobs
- Förderkriterien „Zusätzlichkeit“ und „öffentliches Interesse“
  - ⇒ „Zusatzjobs sind zusätzlich, wenn sie **ohne Förderung nicht, nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt** durchgeführt werden.
  - ⇒ Arbeiten, die auf Grund einer **rechtlichen Verpflichtung** durchzuführen sind oder die üblicherweise von **Personen des öffentlichen Rechts** durchgeführt werden, sind nur förderungsfähig, wenn sie ohne die Förderung **voraussichtlich erst nach zwei Jahren** durchgeführt werden.“

## Was heißt das bezogen auf die Kinderbetreuung?

- Unklare Kriterien eröffnen erhebliche Interpretationsspielräume
- Ausweitung der Kinderbetreuung = im öffentlichen Interesse?!
- Was ist hier „zusätzlich“ im Sinne der Förderkriterien?
  - ⇒ Hilfskräfte in Einrichtungen?
    - Zum Vorlesen?
    - Zum Füttern?
    - Zur Ausweitung der Öffnungszeiten?
  - ⇒ Hilfskräfte bei Tagesmüttern?
  - ⇒ Zusätzliche Tagesmütter?!

Zusätzliche Kinderbetreuungsangebote mit Hilfe von „Hartz & Co.“?

## Arbeitsmarktpolitische Umsteuerung 2004/2005

Maßnahme	Bestand 4/2005	Veränderung zum Vorjahresmonat in %
Arbeitsgelegenheiten	121.056	-
ABM	41.408	- 40,3
Berufliche Weiterbildung	112.992	- 43,3
Eingliederungszuschuss	52.634	- 56,0
PSA	23.590	- 11,4
Überbrückungsgeld	94.534	+ 14,1
Existenzgründungszuschuss	240.508	+ 75,8

➔ inzwischen ist jede 5. gemeldete offene Stelle ein Zusatzjob

## Probleme und Risiken: Verdrängung

- **Aktuell bereits zahlreiche Berichte über Missbrauch z.B.**
    - ⇒ in der Altenpflege (reguläre Tätigkeiten)
    - ⇒ in Schulen: Warum nicht gleich alle Lehrkräfte als Zusatzjobber? Einsatz in der Ganztagsbetreuung
  - **Grundsätzlich: Potenziale für zusätzliche Beschäftigung auch und vor allem im Bereich sozialer Dienste**
  - **Voraussetzungen**
    - ⇒ Erschließung zusätzlicher Finanzquellen und neuer Finanzierungsmix (privat - öffentlich)
    - ⇒ Professionalisierung
- ***Zusatzjobs als billige Lückenfüller versperren den Blick auf diese Herausforderungen!***